



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Um die deutsche Einheit! : Von einem preußischen Junker

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



Ausgegeben am 20. März 1921

Nichts ist geeigneter, die Verschmelzung widerstrebender Elemente zu fördern, als gemeinsame Arbeit an gemeinsamen Aufgaben Bismarck

## Um die deutsche Einheit!

Von einem preussischen Junker

Wir sind der Auffassung, daß weder im Reiche noch in Preußen die Zeit reif ist, um die Frage der Wiederherstellung der Monarchie zu erörtern, geschweige denn in den Vordergrund der politischen Ereignisse zu stellen. Andererseits darf man an politischen Zeitströmungen, die gewisse Gefahren in sich bergen, nicht achtlos vorübergehen. Aus diesem Grunde halten wir es für wertvoll, der nachfolgenden Ausführung ernsthafte Beachtung zu schenken.

Die Schriftleitung



Im ersten unter dieser Überschrift veröffentlichten Aufsatz\*) wurde auf die monarchische Entwicklung in Bayern hingewiesen. Es wurde hervorgehoben, „daß wir zu einem gesunden, in sich gefestigten Kaiserreich nicht auf dem Wege kommen können, daß der Gedanke der Monarchie von Bayern aus über Deutschland einen Siegeszug antritt“. Es ist nützlich, sich die Auswirkung der Entwicklung, wie sie in Bayern zu beobachten ist, einmal im einzelnen vorzustellen.

Die staatliche Konsolidation Deutschlands nach der Revolution von 1918 hat ihren Ausgang von Bayern genommen. Bayerische Kreise waren es, die zuerst einen klaren realpolitischen Blick für die Schwächen der deutschen Regierungen bewiesen, die, aufgerüttelt durch die Münchener Kommune (von der sie übrigens im wesentlichen durch preussische Truppen befreit wurden) und begünstigt durch einen demokratischen Konservatismus ihres Volkes, die Initiative zur Aufrichtung eines Ordnungsstaates ergriffen. Sie lernten aus den Fehlern der Vergangenheit, sie kamen den Forderungen des Tages entgegen und sie wußten zuerst wieder, was sie mit Aussicht auf Erfolg wollen durften und wollen konnten. Das mußte sie zum Bekenntnis für die Monarchie führen. Auch insoweit haben sie die real-

\*) Vgl. auch Grenzboten Heft 50/51, Jahrgang 1920.

politische Klugheit nie vermissen lassen. Immer wieder wurde hervorgehoben, der Gedanke der Monarchie müsse erst im ganzen Volke reif werden, es habe keinen Sinn, voreilig vorzugehen. Aus dem Elend der Gegenwart werde der monarchische Gedanke zu gegebener Zeit ganz von selbst wieder herauswachsen. Hand in Hand damit ging eine fortwährende Betonung der absoluten Reichstreue Bayerns, die sicher bei der überwiegenden Mehrzahl aller ihrer Befenner durchaus ehrlich gemeint ist. Und so ist der monarchische Gedanke in Bayern eine Volksströmung geworden, die sehr viel stärker ist, als ihre Gegner im Reiche sich träumen lassen und die, weil sie eben so stark ist, ganz offenbar schneller zu Ergebnissen führen muß, als das nach den beschwichtigenden Äußerungen ihrer Wortführer beabsichtigt erscheint. Diese Strömung soll nach der wiederholten und durchaus ernst zu nehmenden Bekundung der Führer nur auf verfassungsmäßigem Wege zu ihrem Ziele gelangen, d. h. auf dem Wege der Volksabstimmung. Es entsteht die Frage, wie kann und wie wird die Rückwirkung einer solchen bayerischen Verfassungsänderung aufs Reich sein? Das Reich ist eine Republik (Artikel 1 der Reichsverfassung). Die Wiedereinführung der Monarchie in einem seiner Länder berührt seine Verfassung und seinen Charakter auf das engste (vgl. Artikel 17 der Reichsverfassung). Sie bedingt eine Verfassungsänderung, die die Klauseln des Artikel 76 der Reichsverfassung zu überwinden hätte. Das sind zwei Drittel-Majorität im Reichstag oder bei Volksentscheid einfache Majorität aller Stimmberechtigten. Diese Vorbedingungen sind zur Zeit schwerlich zu erreichen. Die Frage rückt also dahin weiter: Wird die monarchische Bewegung Bayerns sich diesen Widerständen unterordnen oder wird sie danach trachten, sie zu überwinden? Kronprinz Ruprecht und die bayerischen Monarchisten dürfen an die alsdann notwendig werdende Neuregelung der Beziehungen Bayerns zum Reich nur sehr vorsichtig und voraussichtlich mit sehr hochgesteckten Zielen herangehen. Es ist anzunehmen, daß sie dem Volksvotum nur zustimmen werden „vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Zustimmung des Reiches“. Damit entkräften sie zunächst jeden Einwand des Separatismus und sichern sich die Zustimmung aller monarchisch gestimmten Kreise Norddeutschlands. Es liegt für sie dann äußerst nahe, die Frage planmäßig dahin weiter zu leiten, daß eine Sondermonarchie im sonst republikanischen Reiche nicht möglich sei, und daß es daher richtig sei, die Kaiserfrage im Reiche aufzurollen. Eine lebhaft propagandistische für das Kaisertum der Wittelsbacher würde nicht ausbleiben und durch die Aussicht auf einen späteren Anschluß des katholischen Deutsch-Osterreich auf das wirksamste unterstützt werden. Diese Propaganda würde sich — dessen kann man nach allem, was wir aus Bayern gehört haben, sicher sein — auf folgenden Gedankengang stützen: Nach dem Zusammenbruch vom November 1918 und infolge des Versailler Friedens sei ein deutsches Kaiserreich mit dem Hause Hohenzollern nicht mehr möglich, weder außenpolitisch, da die Großmächte das nicht dulden würden, noch innenpolitisch, weil weiteste Volkskreise im ganzen Reiche aus der Art der Führung der Reichspolitik sowohl in den letzten Friedensjahren wie während des Krieges auf die Ungeeignetheit des durch das Herrscherhaus Hohenzollern verkörperten Systems schließen und es ablehnen würden. Es ist von bayerischer Seite offen ausgesprochen worden, wir müßten uns nun schlecht oder recht daran gewöhnen, daß die Hegemonie in Deutschland einmal auf den Süden übergehen müsse, nachdem sie der Norden lange genug gehabt habe. Verschwiegen wird hierbei, daß die

Hegemonie des Südens — wenn auch vielfach gestützt auf andere Kreise als diejenigen, die heute im Süden wieder einen Ordnungsstaat aufgerichtet haben — seit 1917 vorhanden war und ihren reichlichen Anteil an der Katastrophe gehabt hat. Verschwiegen wird weiter, daß jetzt bereits dieser Gedanke der Hegemonie des Südens in Bayern mit der Vorstellung genährt wird, Preußen sei das Unglück Deutschlands gewesen, Bayern werde es besser machen. Die historische Unkenntnis und die Verkenning des historischen Wertes der Unponderabilien, die Preußen seit Jahrhunderten und Preußen-Deutschland von 1866 bis 1918 geschaffen haben, können hier unberührt bleiben. Das Mittel solcher Propaganda gilt leider — das müssen wir feststellen — auch als geeignet in den Händen zielbewußter klarer Politiker des Südens, die das Beste des Reiches wollen. Wird nun die Kaiserfrage im Reiche infolge einer bayerischen, für die monarchische Staatsform ausfallenden Volksabstimmung zu einem so frühen Zeitpunkt, wie es den Anschein hat, akut, zu einem Zeitpunkt, der infolge der Unklarheit aller Verhältnisse unserer außer- und innerstaatlichen Politik als der denkbar ungeeignetste, selbst nach der öffentlich vertretenen Ansicht der bayerischen Monarchisten, erscheint (sie haben es aber nicht in der Hand, ihn zu verlegen — vorausgesetzt, daß sie das überhaupt ernsthaft wollen), so steht das Haus Wittelsbach am Scheideweg. Ein dreifacher Entschluß ist möglich: Entweder das Erbe der Hohenzollern als Kaiser des deutschen Einheitsstaates anzutreten oder dem Föderalismus treu zu bleiben und sich auf Bayern zu beschränken, ohne infolge des Widerstandes des übrigen Reiches, dem Ruße seines engeren Volkes folgen zu können, oder um das zu ermöglichen, die Reichseinheit durch eine Sondermonarchie vorübergehend zu sprengen. Eine ungeheurere Verantwortung lastet dann auf ihm, eine Verantwortung dem Reiche, Bayern und sich selbst gegenüber, die eigentlich nur dadurch zu tragen und zu überwinden ist, daß realpolitisch ohne Rücksicht auf die weiteren Folgen das nächstliegende Ziel festgehalten wird. Und das heißt Königreich Bayern. Aber aller menschlichen Voraussicht nach schließt dieser Schritt, gerade wenn an der Reichstreue, die politisch und wirtschaftlich auch für Bayern notwendig ist, festgehalten wird, eben ein zweites in sich ein: Das Kaisertum der Wittelsbacher im Deutschen Einheitsstaate. Daß ein Rollentausch zwischen Hohenzollern und Wittelsbach nicht mehr in Frage kommt, daß es unmöglich erscheint, daß selbst ein um Hannover und andere Teile verkleinertes Königreich Preußen unter einem Deutschen Kaiser aus bayerischem Hause steht, das ist alles historisch so bedingt, daß darüber nicht gesprochen zu werden braucht. Der monarchische Gedanke in Deutschland wächst täglich, er macht Riesenschritte. Er ist föderalistisch infolge veränderter Verhältnisse kaum mehr möglich, er ist nur unitarisch als Kaisertum denkbar. Und hier gibt es eben nur zwei Möglichkeiten: Ein Kaisertum des Hauses Hohenzollern oder des Hauses Wittelsbach. Das bayerische Königshaus scheint dieses Entweder-oder im vollen Ausmaß seiner historischen Bedeutung erkannt zu haben und getreu dem Spruche „immer daran denken, nie davon sprechen“ zu handeln. Wir können ihm die Lauterkeit seiner Absichten für Gesamtdeutschland einschließlich Osterreich nicht bestreiten. Wir müssen die Zielsicherheit und die Größe seiner Bestrebungen bewundern. Es hat die durch Jahrtausende bewährte historische Einsicht für sich, daß die Deutschen politisch nur monarchisch geführt werden können. Und dennoch scheint es in blinder Verkenning historischer Zusammenhänge befangen zu sein.

Es ist denkbar, daß die politische Erziehung, die die Gebildeten Norddeutschlands durch Bismarck empfangen haben, und die dahin ging, Preußen stets in den Dienst des deutschen Gedankens zu stellen, vielfach so weit gehen würde, daß sie als Preußen zugunsten eines Wittelsbacher Kaisers resignieren würden. Die Massen des Volkes, die insoweit viel historischer denken, würden ihnen nicht folgen. Und ebensowenig werden alle die, die sich einen gesunden historischen Blick bewahrt haben, die Überzeugung gewinnen können, daß ein deutsches Kaiserreich Wittelsbacher Dynastie dauernd möglich sein und die innere Einheit des Reiches verbürgen würde. Diese negative Überzeugung wird schließlich von denjenigen Schichten des deutschen Volkes in Nord- und auch in Süddeutschland geteilt werden, die von der Monarchie als staatlicher Einrichtung überhaupt nichts wissen wollen, die sich aber dem preussischen Regime gefügt haben und sich wieder fügen würden, weil es ihnen innerlich trotz ihrer Ablehnung sehr viel näher steht als die Ideologie des Südens. Denn Preußen hat in den Jahren des neuen deutschen Kaiserreiches stärkere moralische Eroberungen gemacht, als seine heutigen Gegner es zugeben wollen. Wir haben ganz Deutschland mit unserem Preußentum durchtränkt, mit unserer preussischen Staatsauffassung, die auf Friedrich den Großen zurückgeht, die praktisch die größten Erfolge zeitigte und der der Süden nichts Ebenbürtiges an die Seite zu setzen vermochte. Ja, man kann sagen, alles, was heute an staatlicher Konsolidation im Süden geleistet wird, ist auf preussische Befruchtung der Geister in den Jahrzehnten vor dem Kriege und während des Krieges zurückzuführen. Wir mußten die Tragik erleben, daß, während Preußen selbst sich von den Grundlagen seiner Kraft entfernte, weil es wieder einmal erstarrt war und veränderte Verhältnisse unter gleichzeitiger Festhaltung seiner besten Traditionen nicht mehr zu meistern verstand, das, was an ihm ewig ist und bleiben wird, Schule machte in allen anderen deutschen Ländern; erst vereinzelt und bei einzelnen Personen, und jetzt im Stadium des Wiederaufbaues ist es mit elementarer Gewalt im Süden zum Durchbruch gelangt. Das gleicht Deutschland innerlich aus.

Trotzdem wäre es verfehlt anzunehmen, daß hiermit über eine historische Entwicklung hinweggegangen werden kann, die auf Jahrhunderte gegründet ist. Deutschlands Führung ist ohne Preußen und ohne Preußentum nicht mehr denkbar. Wir können uns von der größten Zeit deutscher Geschichte nicht mit einem äußerlich unbegründeten Schnitt historisch loslösen. Gott sei Dank nicht. Denn in den großen Quellen der Vergangenheit liegt unsere Kraft, mit der wir uns nach allen Wechselfällen unseres Lebens als Volksgemeinschaft immer wieder erhoben haben. Wir sehen diesen Versuch des Abkappens des historischen Fadens bereits jetzt für die treibenden Mächte der Novemberrevolution scheitern; wir würden ihn genau so scheitern sehen, wenn das Haus Wittelsbach eine vorübergehende Gelegenheitslage benutzen würde, um sein eigenes Kaisertum aufzurichten. Die Frage hängt nicht an Personen. Wir müssen anerkennen, daß Mitglieder des bayerischen Königshauses in der Auffassung ihres Berufs und ihrer Herrscherpflichten genau so deutsch, ja genau so preussisch im übertragenen Sinne preussischer Staatsauffassung gewesen sind, als Angehörige des Hohenzollernhauses. Die Frage hängt auch nicht am Glauben, wie bedeutungsvoll dieser auch sein mag. Wir haben ein protestantisches Kaisertum gehabt, mit dem die Katholiken wohl zufrieden waren, und wir würden umgekehrt vielleicht auch ein katholisches Kaisertum haben

können, welches die Protestanten befriedigen würde. Ein katholischer Kaiser, der sein Kaisertum machtvoll und groß auffaßt — und wir nehmen an, daß auch die Wittelsbacher das tun würden —, wird immer bestrebt sein, seine Stellung der katholischen Kirche gegenüber zu wahren. Vergleiche aus dem früheren Mittelalter liegen nahe. Das Haus Habsburg hat Deutschland nicht deshalb verraten, weil es katholisch, sondern weil es undeutsch war. Die Frage ist vielmehr eine Macht- und eine Tatfrage. Eine Machtfrage insbesondere im Moment der Entstehung einer neuen Kaiserergewalt. Ein Wittelsbacher Kaisertum, das sich in einer völlig machtlosen Zeit außerpolitisch auf Duldung der Feinde, innerpolitisch aber auf eine solche Volksabstimmung gründet, deren Kräfte nicht historisch verankert erscheinen und deren Ergebnis nur so lange befriedigen wird, als die geistige Rückkehr zu Preußen-Deutschland noch nicht im ganzen deutschen Volke durchgebrochen ist, ein solches Kaisertum scheint, der hervorragendsten persönlichen Eigenschaften seiner Träger ungeachtet, schlecht gegründet. Und eine Tatfrage für die Dauer. Das heutige Deutschland beruht auch, und vielleicht gerade in der jetzigen Zeit seiner Knechtung durch die Feinde, auf den starken wirtschaftlichen Mächten, die die deutsche Industrie und Landwirtschaft gerade Norddeutschlands innerhalb des Reiches nun einmal darstellen. Mögen sie zur Zeit in starkem Maße geschwächt, mögen sie desorganisiert sein — wir wissen, daß das vorübergehend ist. Wir sehen auch hier schon wieder die innere Festigung, weniger schneller und sichtbarer als die politische im Süden, voraussichtlich deshalb aber um so bedeutungsvoller für die Zukunft Gesamtdeutschlands. Wirtschaftlich ist und bleibt der Süden vom Norden abhängig, und er wird es nicht weniger, wenn der Anschluß Deutsch-Osterreichs gelingt. Kann man gern zugeben, daß zur augenblicklichen Vollahebung desselben bayerische Führung geeigneter sein mag als preussische (ganz zu schweigen von der jetzigen Berliner Führung), so ändert sich die Lage sofort, sobald auch der Norden sich wieder staatlich gefestigt haben wird. Die Arbeiterschaft Norddeutschlands ist dem Kaisergedanken, dem Gedanken einer starken, einheitlichen Führung der Reichspolitik nicht entfernt so abgeneigt, als ihre sozialistischen und ultramontanen parlamentarischen Führer aus Gründen ihres eignen Selbsterhaltungstriebes dies glauben machen wollen. Der Gedanke des sozialen Kaisertums, anknüpfend an die beste friderizianische Tradition des preussischen Königtums, welches alles Absolutismus in der Form ungeachtet der Sache nach mit dem Grundsatz „der König ist der erste Diener des Staates“ die sozialste Monarchie war, die jemals bestanden hat, fest gegründet in den Köpfen der Arbeiterschaft durch die Erfahrungstatsache der für uns Deutsche unentbehrlichen Ordnung und Disziplin, wie sie größer als in der preussischen Armee niemals gelehrt worden ist, wie sie nachhaltiger von dort von niemand übernommen worden ist, als von der deutschen Industrie — dieser Gedanke ist allen diesen Kreisen nicht wesensfremd. Aber er würde ihnen wesensfremd erscheinen, wenn er ihnen durch einen Kaiser bayerischen Hauses vermittelt werden sollte. Starke Persönlichkeiten können gewiß schnell volkstümlich werden und dadurch historische Lücken ausfüllen. Aber daß die Wittelsbacher in Norddeutschland unmittelbar nach der größten, wenn auch noch so tragisch abgebrochenen Epoche der deutschen Geschichte dasjenige Herrschergeschlecht zu ersetzen vermöchten, durch dessen Deutschtum die Jahrhunderte lange Zerrissenheit des deutschen Volkes praktisch beseitigt worden ist — das ist

eine Illusion, mit der zu rechnen nicht mehr in das Gebiet der Realpolitik fällt. Die Verdienste von Jahrhunderten gehen nicht an einem Tage verloren. Wenn Deutschland nach tiefem Fall sich wieder erhebt, so kann es dies psychisch und physisch nur auf der durch diese Verdienste geschaffenen Grundlage. Die gewärtige Generation mag dies verkennen, künftige werden sich daran erinnern und die Treue halten. Es kann nicht richtig sein, diese Prüfung auf Treue zu provozieren. Wer es tut, muß schließlich trotz bester Bestimmung für das Reich praktisch mit den Tendenzen rechnen, die sich durch die ganze deutsche Geschichte hindurch als zerstörende bewiesen haben.

So ist die Frage des monarchischen Gedankens für Deutschland sehr viel verwickelter, als die Masse seiner Befürworter dies anzunehmen scheint. Es wäre falsch, ihn deshalb nicht zu pflegen. Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden. Aber es empfiehlt sich nicht, an ihre Überwindung heranzugehen in einem Zeitpunkt, da sie inner- und außerpolitisch am allerschwierigsten erscheinen. So lange es Deutsche giebt, die sich von der Vergangenheit nicht lösen können — und das wird immer der weitüberwiegende Teil des ganzen Volkes sein —, so lange werden sie des neuen Kaiserreichs harren. Unversiegbare historische Werte sind im Zusammenklang der Worte „Kaiser und Reich“ enthalten. Die praktische Politik aber darf sie nur benutzen, wenn sie sie nicht gleichzeitig vernichten würde. So wie die Dinge liegen, muß die Kaiserfrage im Reiche, wenn sie durch die bayerische Königsfrage aufgerollt werden sollte, vertagt werden; auch von den monarchisch gerichteten Parteien des Reichstags. Sie können das sehr leicht tun, wenn sie sich diesfalls unbeschadet ihres grundsätzlich gegenteiligen Standpunktes an die Tatsache der Weimarer Verfassung halten. Sie müssen es tun, wenn sie Politik auf weite Sicht treiben wollen, wenn sie den Glauben an Deutschlands Zukunft haben und deshalb ein starkes, innerlich einiges Kaiserreich der Zukunft einer künstlichen monarchischen Bildung der Gegenwart vorziehen.

15. 2. 1921.



## Sozialisierung der Justiz und der Rechtspflege?

Von Kammergerichtsrat Dr. Sontag, Berlin



Der Sieg der Sozialdemokratie in der Novemberrevolution 1918 führte unter anderem zu der Forderung einer weitgehenden sozialen Ausgestaltung unserer gesamten Lebensrichtungen. Das für die wirtschaftlichen Betriebe geprägte Schlagwort „Sozialisierung“ der Bergwerke, Fabriken usw. blieb aber in seiner Anwendung nicht auf diese beschränkt, es wurde vielmehr auch u. a. die Forderung der Sozialisierung der Justiz und der Rechtspflege erhoben. Was hat man sich hierunter vorzustellen? Sozialisierung in dem landläufigen Sinne heißt: Aberführung eines Betriebes aus der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft mit der Wirkung, daß